

NATIONALE BEKANNTMACHUNG

26.03.2025

Öffentliche Ausschreibung (UVgO)

Verfahren: VGF 056/25 - Betriebshof Gutleut => Planung TGA - HKLS
Auftraggeber: Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH (VGF)

DETAILS ZUR BEKANNTMACHUNG

1) Bezeichnung und die Anschrift der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle, der den Zuschlag erteilenden Stelle sowie der Stelle, bei der die Angebote oder Teilnahmeanträge einzureichen sind

Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH (VGF)
Kurt-Schumacher-Str. 8
60311 Frankfurt am Main
Deutschland
+49 6921326219
+49 6921323336
vergabestelle@vgf-fm.de

2) Verfahrensart

Öffentliche Ausschreibung [UVgO]

3) Form, in der Teilnahmeanträge oder Angebote einzureichen sind

Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen

4) Gegebenenfalls in den Fällen des § 29 Absatz 3 die Maßnahmen zum Schutz der Vertraulichkeit und die Informationen zum Zugriff auf die Vergabeunterlagen

5) Art und Umfang der Leistung sowie den Ort der Leistungserbringung

Betriebshof Gutleut => Planung TGA - HKLS

In Anbetracht des seitens der Stadt und der traffiQ erweiterten Netzkonzeptes gemäß Nahverkehrsplans, sind Erweiterungen des Fahrzeugfuhrparks der Verkehrsgesellschaft Frankfurt (VGF) bereits in Umsetzung und weitere in Planung. Insofern besteht bei der VGF mittel- bis langfristig Bedarf nach Erweiterung der Abstell- und Betriebshofkapazitäten von zusätzlich ca. 2.600 m Abstellgleisen. Aufgrund der vorg. Notwendigkeiten ist die Erweiterung des Betriebshofes Gutleut (BBGU) ein Baustein des Gesamtstellkonzeptes der VGF. Hierfür soll der bestehende Betriebshof BBGU mit einer neuen Abstellanlage erweitert werden, die auf einem ca. 4500qm großen, noch zu erwerbenden Grundstück errichtet werden soll.

Neben der eigentlichen Nutzung als Abstellanlage hat ein erstelltes Schall- und Erschütterungsgutachten ergeben, dass die geplante Abstellanlage für Schienenfahrzeuge überdacht werden muss. Hierbei ergibt sich die Synergie, dass auf dem Betriebshofgelände in Gutleut ein Mangel an Pkw-Stellplätzen besteht und diese Überdachung als Parkdeck zur Erhöhung der Parkmöglichkeiten genutzt werden soll. Die bisherige Planung sieht weiterhin vor, dass das Parkdeck überdacht und mit Photovoltaik-Anlagen ausgerüstet wird. Unterhalb der Parkdeckzufahrt ist ein Technikgebäude für Normalstrom, Fahrstromtechnik sowie Signaltechnik vorgesehen. Eine Waschhalle für Schienenfahrzeuge ist im Lageplan oberhalb der Abstellanlage vorgesehen. (Siehe Anlage 4 – Planungs Broschüre)

Ort der Leistungserbringung:
60439 Frankfurt am Main

6) Gegebenenfalls die Anzahl, Größe und Art der einzelnen Lose

Losweise Ausschreibung: Nein

7) Gegebenenfalls die Zulassung von Nebenangeboten

Nebenangebote sind nicht zugelassen

8) Etwaige Bestimmungen über die Ausführungsfrist

Von: 22.04.2025 Bis: 28.07.2025

9) Elektronische Adresse, unter der die Vergabeunterlagen abgerufen werden können oder die Bezeichnung und die Anschrift der Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können

https://bieterzugang.deutsche-evergabe.de/evergabe_bbieter/api/supplier/extermal/deeplink/subproject/2f2f78da-6c8a-4e0c-94cc-c6a7e0e36807

10) Teilnahme- oder Angebots- und Bindefrist

Teilnahme- oder Angebotsfrist: 08.04.2025 10:00:00
Bindefrist: 17.04.2025

11) Höhe etwa geforderter Sicherheitsleistungen

Soweit die Auftragssumme bei einem Auftrag im Offenen Verfahren oder in einer Öffentlichen Ausschreibung mindestens 50.000 Euro ohne Umsatzsteuer beträgt, ist Sicherheit für die Vertragserfüllung in Höhe von 5 % der Auftragssumme (inkl. Umsatzsteuer ohne Nachträge) zu leisten.

Nach erfolgter Abnahme ist Sicherheit für Mängelansprüche zu leisten. Die Sicherheit für Mängelansprüche beträgt 3 % der Summe der Abschlagszahlungen inkl. Umsatzsteuer zum Zeitpunkt der Abnahme.

12) Wesentliche Zahlungsbedingungen oder die Angabe der Unterlagen, in denen sie enthalten sind

Die Zahlbarmachung des Skontos ist auf 14 Tage festgelegt.

13) Die mit dem Angebot oder dem Teilnahmeantrag vorzulegenden Unterlagen, die der Auftraggeber für die Beurteilung der Eignung des Bewerbers oder Bieters und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen verlangt

- Nachweis eines bestimmten Mindestjahresumsatzes, einschließlich eines bestimmten Mindestjahresumsatzes in dem Tätigkeitsbereich des Auftrags => Der geforderte Mindestjahresumsatz beträgt: 400.000 €. Der geforderte Mindestjahresumsatz in dem Tätigkeitsbereich des Auftrages beträgt: 400.000 €
 - Nachweis einer Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung in folgender Höhe: Berufshaft- oder Betriebshaftpflichtversicherung für Personenschäden in Höhe von mindestens 5.000.000 €, für sonstige Schäden (Sach- und Vermögensschäden) in Höhe von mindestens 1.250.000
 - Vorlage geeigneter Referenzen über früher ausgeführte Liefer- und Dienstleistungen der in den letzten höchstens drei Jahren erbrachten wesentlichen Leistungen
 - Studien- und Ausbildungsnachweise sowie Bescheinigungen über die Erlaubnis zur Berufsausübung für die Inhaberin, den Inhaber oder die Führungskräfte des Unternehmens, sofern diese Nachweise nicht als Zuschlagskriterium bewertet werden => Planer: Ingenieur (abgeschlossenes Studium) HKLS/TGA oder vergleichbarer Studienabschluss mit mindestens 2 Jahren Berufserfahrung
 - Angabe, welche Teile des Auftrags ich/wir als Unteraufträge zu vergeben beabsichtige(n) => Folgende Teile des Auftrags beabsichtige(n) ich/wir als Unteraufträge zu vergeben: Siehe ausgefüllter Vordruck HVA L-StB Leistungen von Unterauftragnehmern bzw. anderen Unternehmen
 - Nichtvorliegen der Ausschlussgründe nach § 21 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz, § 21 Arbeitnehmerentendegesetz und § 19 Mindestlohngesetz
 - Angaben zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung
 - Eintragung im Handelsregister, soweit das Unternehmen eintragungspflichtig ist
 - Eigenerklärung zur Akzeptanz von Ausführungsbedingungen zur Versicherungspflicht und Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Aufträgen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz (HVTG)
- Zur wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit:
- Angabe des Gesamtumsatzes in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren
- Zur technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit:
- Vorlage geeigneter Referenzen über früher ausgeführte Liefer- und Dienstleistungen der in den letzten höchstens drei Jahren erbrachten wesentlichen Leistungen.
- Beim Einsatz von Nachunternehmern hat der Bieter ein Verzeichnis über deren Leistungen (Art und Umfang) mit dem Angebot einzureichen.
- Der Nachweis der Eignungskriterien kann – soweit darin enthalten – durch die vom öffentlichen Auftraggeber direkt abrufbare Eintragung in die allgemein zugängliche Präqualifizierungsdatenbank für den Liefer- und Dienstleistungsbereich geführt werden.
- Gelangt das Angebot in die engere Wahl ist beim Einsatz von Nachunternehmern der o.g. Nachweis der Eignung auch für die vorgesehenen Nachunternehmer wie beschrieben zu führen.
- Bei öffentlichen Ausschreibungen behält sich der öffentliche Auftraggeber vor, vor Zuschlagserteilung den Bieter und die Nachunternehmer, an die er den Auftrag vergeben will und die bislang nur eine Eigenerklärung als vorläufigen Nachweis vorgelegt haben oder auf hinterlegte Angaben im Präqualifikationsverzeichnis verwiesen haben, aufzufordern, die einschlägigen Nachweise unverzüglich zur Prüfung beizubringen.
- Bietergemeinschaften (BIGE) sind zugelassen: die Nachweise der technischen Leistungsfähigkeit (Fachkunde) müssen von dem Partner der BIGE vorgelegt werden, der das jeweilige Gewerk später ausführt. Die Nachweise zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und zur Zuverlässigkeit sind von jedem Mitglied der individuell vorzulegen.

14) Angabe der Zuschlagskriterien, sofern diese nicht in den Vergabeunterlagen genannt werden.

Niedrigster Preis